

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

253 (12.9.1919) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands...
Anzeigen...
Berlin Nr. 207.
Schiffbau Nr. 20 u. 204.

Verlags- und Druckereibetrieb: Druck und Verlag: C. S. Müllerische Buchdruckerei in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Seitzlich, Friedemann, Fregestraße 65/66. Telephon-Amt Umland 2902. Für unverantwortliche Druck- und Verlagsarbeiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beiliegend ist.

116. Jahrg. Nr. 253.

Freitag, den 12. September 1919

Erstes Blatt.

Kohlennot und Arbeiterchaft.

Von Gustav Hartmann, M. d. R., Verbandsvorsitzender der Deutschen Gewerkschaften (D. G.).

Wer nicht mit geschlossenen Augen in die Welt blickt, wer sich einermäßen um die Vorkämpfer des Proletariats kümmert, dem muß längst klar geworden sein, welcher ungeheurer Katastrophen wir entgegengehen, wenn die bereits vorhandene Kohlennot nicht noch weiter um sich greift. Es gehört wohl nicht zu den größten Gefahren, die uns drohen, die eintritt, wenn die Kohlennot sich nicht auf die Arbeiterchaft beschränkt, sondern sich auf die gesamte Bevölkerung ausbreitet. Die Kohlennot ist die Ursache der Not, die die Arbeiterchaft in der Welt hin- und herweht. Die Kohlennot ist die Ursache der Not, die die Arbeiterchaft in der Welt hin- und herweht. Die Kohlennot ist die Ursache der Not, die die Arbeiterchaft in der Welt hin- und herweht.

Arbeiterchaft ist nach den Entbehrungen der Kriegsjahre nicht imstande, bei veränderter Arbeitszeit mehr leisten zu können, weil ihr die Kräfte verfallen. Dabei erhebt sich jedoch nicht aus dem Nichts, daß hier und da Überstundenarbeit geleistet wird und auch das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vertritt diesen Standpunkt. Es lautet in Nr. 33 vom 16. August 1919 u. a.: „Sollte von Fall zu Fall eine Mehrleistung erforderlich werden, so können Überstunden einseitig werden, die den Arbeitern mit entsprechenden Zuschlägen vergütet werden. Werden sie ausreichend

Die Demokratie und die Reichsregierung.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gebracht:

Die Aufforderung des „Vorwärts“-Redakteurs Erwin Baris, dem Streik- und Putzstreik durch eine Diktatur der Mitte ein Ende zu machen, hat, wie wir hören, in dem engeren Regierungskreis etwas peinlich berührt. Und doch ist der Vater dieses Gedankens ein unbedingt zuverlässiger Parteigenosse, der damit auch eben nur zu einer starken Energieentfaltung gegenüber den Unabhängigen und der Massenverwirrung mahnen wollte. Aber freilich, das Wort „Diktatur“ war wohl unglücklich gewählt. Auch diejenigen sozialdemokratischen Ratsmitglieder, die das Gebot der Stunde verstehen, glauben das Diktum einer solchen Bezeichnung ablehnen zu müssen. Besonders angeht die bevorstehende Winterkriegsperiode ist überhaupt die Sache vor der Empfindlichkeit der Massen in letzter Zeit noch stärker geworden. Man ist daher auch bereit, gerade weil man die tatsächliche Unmöglichkeit einer praktischen Sozialisierung innerlich bereits eingesehen hat, den Massen in jeder möglichen Hinsicht Konzessionen mit revolutionärem Anstrich zu machen, um die erste Enttäuschung über den Sozialismus-Utopismus, der doch durch die Sozialdemokratie ein halbes Jahrhundert lang begünstigt worden ist, abzumildern.

Wenn nun aber innerhalb der Regierung die Diktatur der Mitte abgelehnt wird, so tritt andererseits besonders bei der Sozialdemokratie in verstärktem Maße der Wunsch nach einer Verbreiterung der Regierungsmehrheit durch den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung hervor. Bei unverbundener Besprechung können die Sozialdemokraten ja auch mit Recht darauf hinweisen, daß angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten in den Wintermonaten, deren Überwindung ein Sein oder Nichtsein des Reiches bedeuten kann, eine Zurückstellung der Parteisonderinteressen und Zusammenbruch zu praktischer Selbsthaltungsbereitschaft jetzt oberstes Gebot sein muß. Sogar die Deutsche Volkspartei hat ja vor einiger Zeit einen Sammelruf im ähnlichen Sinne erlassen und darauf hingewiesen, daß vereinigte Stimmen einen möglichen Eintritt in eine künftige Koalitionsregierung wünschenswert.

Wie wohl nicht besonders versichert zu werden braucht, ist eine solche Möglichkeit zurzeit nicht vorhanden. Von den Demokraten wird der Gedanke an eine leistungsfähige Regierungspolitik der mittleren Linie unter ihrer Mitwirkung nach wie vor als richtig angesehen. Aber nach wie vor kann die bürgerliche Demokratie nach den mit der jetzigen Regierung gemachten Erfahrungen ihren Wiedereintritt nur unter bestimmten Bedingungen ins Auge fassen, die von der Sozialdemokratie gewisse Versätze auf ihre Agitationspolitik und von dem Zentrum das bekannte persönliche Opfer fordern würde.

Herr Erzberger hat es eben nun für angezeigt gehalten, in einem ausländischen Blatt, dem „Senfer Journal“, eine neue Selbstverteidigung zu veröffentlichen. Wir glauben, in Deutschland wird er damit keinen großen Eindruck machen, und die Abneigung bürgerlicher Politiker, mit ihm in demselben Kabinett zu sitzen, nicht beseitigen. Man kann wohl zugeben, daß die Talente und die Arbeitskraft dieses bedeutenden Mannes noch immer vielfach verkannt werden. Ferner darf man, was er als Minister unternommen hat, ja doch nicht abtun, sondern nur relativ nach den Schwierigkeiten unserer chaotischen Wirtschaftslage beurteilen. Aber dies alles zugegeben, hat sich trotzdem der Eindruck in dem überwiegenden Teil des deutschen Volkes — Zentrumskreise nicht ausgenommen — seit Weimar noch verstärkt, daß der eigentliche regierende Mann in Deutschland, nämlich Herr Erzberger, eben doch nur ein großhiesiger politischer Schieber ist, dessen rückwärtslosem Aktionsdrange das weitestgehende Verantwortungsbewußtsein und auch das richtige Verständnis für die tiefsten Bedürfnisse des gequälten deutschen Volkes fehlt. Herr Erzberger mag sich schwer verkannt fühlen. Tatsache ist aber, daß die hier zitierte Auffassung und Abneigung gegen seine Persönlichkeit ein Moment dauernder Verunsicherung und Erschütterung unserer gesamten inneren Politik bedeutet.

Die Erzbergernummer des „Phosphor“ (Druckumschlag umf. Münchener Korrespondenten.) fr. München, 11. Sept. Die beiläufige Erwähnung einer Erzbergernummer des „Phosphor“ ist bereits

beachtlich, so wird es an Arbeiter dafür nicht fehlen. Es erhebt sich jedoch zweifelhaft, ob diese mit ziemlicher Bestimmtheit ausgebrochene Ansicht des Korrespondenzblattes das Richtige trifft, ist dem aber so, dann kommen wir der Lösung dieser Frage ein gutes Stück näher.

Wenn man weiter in Erwägung zieht, daß innerhalb der veranagerten Monate 17 000 Vorkämpfer aus dem Ruhrgebiet abwandern und in andere Berufe überzuziehen sind, dann müssen doch für eine solche Abwanderung demnach beträchtlicher Arbeitskräfte triftige Gründe vorhanden sein. Sie werden

wieder freigegeben. Die Kräfte sind vor allem auf die Einwirkung der Münchener Militärbehörde zurückzuführen, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Sinne des Kriegsausstandes durch die Verbreitung der Nummer nicht als annehmbar betrachtete und wohl auch herbeigeführt hat, daß die am 19. September erlassene Ausgabe der Nummer sich nach der auf den 15. September bestimmten Aufhebung des Gesetzes doch nicht aufhalten ließe.

Die Antwort der Entente auf die deutsche Note wegen des Artikels 61.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 11. Sept. (Wolff.) Das Neutürkische Büro meldet aus Paris vom 10. September, daß der Dersche Rat über die Antwort auf die deutsche Note mit Bezug auf die Verletzung des Artikels 61 der deutschen Verfassung beraten hat. Er kam zu der Ansicht, daß die deutschen Bürgerpflichten unzulänglich sind und daß die deutsche Regierung bevollmächtigte Vertreter nach Paris entsenden muß, die ein Protokoll unterzeichnen, in dem alle Artikel der deutschen Verfassung, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind, für null und nichtig erklärt werden. Dieses Protokoll muß ebenso wie der Friedensvertrag von der Nationalversammlung ratifiziert werden.

Die Reichskonferenz der U.S.P.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 11. Sept. (Wolff.) Die Reichskonferenz der U.S.P. trat sich nach der Freisetzung für den Parlamentarismus und die Wahlkandidatur aus und verwarf auch jede Abhängigkeit und Spaltung in den Gewerkschaften. Das Problem der Internationalen wurde von beiden Referenten behandelt. Eine Debatte unterhielt infolge der Einsetzung der Konferenz. Dillferber, der Bericht über die Luzerner Konferenz erstattete, leitete den Hauptgedanken darauf, daß man sich von der Arbeiterbewegung eine des Westens wo im Kampfe mit dem entwickelten Kapitalismus nicht das Schicksal des Sozialismus entscheiden werde, nicht leichtlich isolieren dürfe. Er erwartete von der sozialen revolutionären Entwicklung eine Umgestaltung der nationalen Parteien, die die Errichtung einer Internationalen ermöglichen werde. Die von wahrhaft sozialistischem Geiste erfüllt sei.

Demnach übertrug Herr Dr. die Aufgabe, daß die Trennung von den sozialreformistischen Parteien, die in der zweiten Internationalen die Führung gehabt hätten, vollzogen werden müsse, und daß, nachdem einmal die dritte Internationale gegründet sei, sich der Anschluß anderer Parteien, wie z. B. der normandischen und schweizerischen, werde diese rein sozialistischen Charakter annehmen. Die Parteileitung habe schon vor dem Zusammentritt der Partei den Versuch gemacht, um mit den Parteien, die auf dem Boden der Abmachungen von Zimmerwald und Kienthal stehen, in Verbindung zu treten. Auf Grund dieser neuen Informationen und auf Grund einer ausgiebigen Erörterung wurde die Reichskonferenz, die für Anfang November in Aussicht genommen ist, eine Entscheidung fällen.

Der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus England.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 11. Sept. (Wolff.) Den Wätern zufolge haben die niederländische Regierung und die in Betracht kommenden niederländischen Eisenbahngesellschaften dem Plane angetraut, die noch in England sich befindenden deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückzuführen.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

(Eigener Drahtbericht.)

Verailles, 11. Sept. Major Draudt, der Vorsitzende der deutschen Kriegsgefangenenkommission bei der Friedensdelegation in Versailles, hat heute in Versailles des englischen Hauptmanns W. A. Sinesley Cook von der alliierten Militärmission in Versailles dem Kriegsgefangenenleiter von London für einen Besuch abgemacht. Major Draudt hat unter Kriegsgefangenen in aller Verfassung, um ausstehend und zufriedenstellend abgeleitet. Das erste Wiedersehen der Kriegsgefangenen mit einem Vertreter der deutschen Heimat hat die wehmütige Stimmung bei den Gefangenen über die letzten Zustände in Deutschland und wurde mit Freuden bestimmt. Die Gefangenen wollten wissen, wie es steht in der Heimat, wie Deutschlands Zukunft aussieht. Draudt konnte in kurzen Sätzen ein Bild von der Entwicklung stellen, vom alten zum neuen Deutschland, und feststellen, daß nicht um weniger die wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes liege. Das sah ihm Kriegsgefangenen am Herzen an, daß die deutsche Nation, die in Deutschland so schwer gelitten habe, in die Heimat zurückkehren, das ernsteste Verlangen haben wird, mitzuarbeiten an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands.

gefunden in der Tatsache, daß die Löhne der unter Tag beschäftigten Bergarbeiter, insbesondere der Sauer nicht mehr im richtigen Verhältnis zu den Löhnen der über Tag beschäftigten Arbeiter und auch anderer, weniger gefährlicher Arbeitergruppen stehen. Soll die wichtige Arbeit unter Tag einen Anreiz bieten, dann ist die dementsprechend zu entlohnen und in tarifliche Vereinbarungen zu fassen. Dann muß aber auch die Arbeiterchaft unter Tag hinreichend mit festhaltender Motivation, mit Arbeitsfreudigkeit und Schußkraft befestigt werden und es ist für die Anerkennung einer angemessenen Arbeiterbezahlung durch Betriebsräte um. Gerade zu tragen. Dazu muß eine Erhöhung der individuellen Leistungen an Anreizmaßnahmen, Anbaldern, Bienen- und Waisenrenten, die Beschaffung von Wohnungen in der Nähe der Kohlenwerke treten, um den Auszug neuer Arbeitskräfte zu erleichtern.

Daneben gibt es noch eine Reihe anderer Mittel, die zur Lösung der Kohlenförderungsfrage dienen, die aber mehr technischer Art sind und mit der Arbeiterchaft weniger zu tun haben und die deshalb hier überaus werden können. Soweit aber die Arbeiterchaft an der Kohlenförderung selbst beteiligt ist, muß auch auf die Eisenbahnarbeiter hinwirken werden. Es wird vielfach behauptet, daß auf verschiedenen Kohlenzecken die erforderlichen Kohlen nicht abgefahren werden können, weil es an Kohlenwagen und Lokomotiven mangelt. An der Minderzahl dieser Behauptung ist kaum zu zweifeln, da auch die Ausführenden dieser Arbeiterchaftsmittel zum Nachdenken veranlassen, die für sich in einer Vertiefung der Verhältnisse der Arbeiterchaft in Berlin gefallen sind. Beide haben nach Reaktionsmaßnahmen übereinstimmend erklärt, daß die Arbeitsunlust in den Eisenbahnbetrieben nicht zur Kaufkraft ausgereicht sei und daß diesem Uebel abgeholfen werden müsse. Man kann nicht annehmen, daß diese Arbeiterchaftsmittel die Unmöglichkeit abhelfen können, daß man es aber um so betrüblicher, daß in einem Staatsbetrieb, der heute dauernde Zuschüsse erfordert und der der Gemeinwirtschaft dient, derartige erdrückende Zustände eingetreten sind, die auch unsere Kohlenverhältnisse einengern sind. Staatsbetriebe sind keine Sinecuren, die nur Rechte gewähren. Sie erfordern auch Pflichten der Arbeitsleistung, ohne die kein Betrieb bestehen kann. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Mehrheit der Eisenbahner dieser Unfälle zuliebt, vielmehr kann wohl mit einem Recht gesagt werden, daß diese Mehrheit wenigstens eine Pflicht tun würde, wenn sie nicht durch eine terroristische Minderheit daran gehindert würde, die sich zu Verbredern an unserem Volksleben erwidert. Die Leute, die nicht arbeiten wollen, diese Drohnen innerhalb der Eisenbahnen, sind unabsichtlich zu machen und zu beseitigen. Soll etwa darauf gewartet werden, bis die Entente die Räder in die Hand nimmt? Dann wehe unserem Volke, wehe der deutschen Arbeiterchaft, die dann in eine elende Sklaverei verfallen müßte. Noch ist es Zeit zur Rettung, die zurückzuführen muß, wenn nicht die Freiheit ein leerer Schall sein soll.

Eine Rede Scheidemanns.

(Eigener Drahtbericht.)

Kassel, 11. Sept. Vor einer gewaltigen Volksmenge hielt der frühere Reichspräsident Scheidemann heute abend eine große Rede, in der er u. a. ausführte:

Am vorigen Wochen wird sich ein Jahr vollenden, seit die Sozialdemokratie in die Regierung eingetreten ist. Man hat uns erst in der Stunde der Verzweiflung an das Sterbebett des alten Deutschland geholt, nachdem man vier Jahre lang beharrlich unseren Rat mißachtet hatte. Die Wahlen des Jahres haben uns dann zwar nicht die Mehrheit gegeben, aber doch ein Ergebnis gebracht, das aller Welt zeigte, daß es ohne die Sozialdemokratie nicht geht. Eine Regierung, in der die Sozialdemokratie fehlt, können sich heute nur die rückwärtsstehenden Staatsoberhäupter denken, eine Regierung von Rechts bedeutet die so genannte Räteherrschaft. Beide sind ohne schwere innere Kämpfe nicht denkbar, beide Experimente müßten mit dem Zusammenbruch enden, beide bedeuten die Gefahr schwerer äußerer Konflikte. Ich verlaue von den Monarchisten nicht, daß sie auf einmal aufgeben, was den Gefühlsinhalt ihres Lebens bildet. Ich verlaue aber von diesen Herren, daß sie sich nicht in Geistesabwesenheit auf dem lebendigen Feuer heraufbeschwören.

Wir erleben jetzt das sonderbare Bild, daß nach einem Krieg, der von der Entente im Namen der Demokratie geführt wurde, die monarchistische Gefahr von der Entente herkommt. Ich wünsche der Sozialisten der Weststaaten von ganzem Herzen, sie möchten verhindern, daß nach dem feilschenden Verlust in Ungarn, in Rußland mit der Wiedererrichtung der Monarchie der Anfang gemacht wird. Die Gefahr ist groß und ernst. Aber was immer in Rußland kommen mag, wo der bolschewistische Wahnsinn so fruchtbar den Boden für eine Reaktion bereitet hat, das wollen wir uns geloben, daß Deutschland eine Republik bleiben soll. Ich hege ein tiefes, festes Vertrauen in den entscheidenden Willen des Volkes, als daß ich für Deutschland den Erfolg einer monarchistischen Gegenrevolution fürchten könnte. Jene aber, die vielleicht daran denken, mit diesem Feuer zu spielen, müssen gewart sein.

Der Oberst Reichardt, der vielfach leidet mit dem lokalen Kriegsmittler Reichardt verwechselt wird, hat die Regierung als Geinbel, Erzberger als Lumben bezeichnet und weiter gesagt, im Augenblick habe er nur für Ordnung zu sorgen. Das soll heißen, im Augenblick sei an die Wiedererrichtung der Monarchie nicht zu denken. Doch ein solcher Mann bis zum heutigen Tage sein Kommando führt, beleuchtet blickartig die Situation, die unrettbar ist. In Rußland herrscht die nackte Despotie einiger Parteiführer, ein System, das sich das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse, keine 14 Tage gefallen ließe.

Was die Kommunisten wollen, das glaube ich genau zu wissen, aber was die Unabwärtigen wollen, das weiß ich nicht. Was die Einigkeit mit ihnen

unmöglich macht, das ist auf der einen Seite die Notwendigkeit des Handelns, in die sich jede Regierung, sie heiße, wie sie wolle, verwickelt sieht, und auf der anderen Seite das Unvermögen, diese Notwendigkeit zu befreien, oder der böse Wille, der sich absichtlich ihr gegenüber blind stellt. Keine Regierung kann ein geschlagenes, durch einen unfehlbaren Krieg überwindliches und schließlich erschüttertes Volk mit einem Schlag zu einer Schar von Gläubigen und Aufrechten verwandeln. Auch der Sozialismus kann nur allmählich helfen und muß schrittweise vorgehen. Wir sind überzeugt, dem Volke die volle Wahrheit zu sagen, die viele nicht gerne hören, und für Ordnung und für Fortführung der Produktion zu sorgen, wodurch wir uns wiederum vielen nicht beliebt machen.

Die Frage der Unterzeichnung der Friedensbedingungen war vielleicht nicht weniger verhängnisvoll, als die Frage der Bemilligung der Ausrüstungsfrage. Ein Teil der Kräfte, zu dem ich gehöre, war der Meinung, daß dieser Vertrag nicht unterzeichnet werden dürfe, und hoffte auf Grund wichtiger Berichte aus dem Auslande, daß einige Wochen der Weigerung genügen würden, um eine gründliche Revision des Vertrages durchzuführen.

Der andere Teil, der erst die Mehrheit war, aber bald zur Minderheit wurde, war anderer Meinung. Die Anhänger der Unterzeichnung sagten, und wir können ihnen in der Mehrheit zustimmen, daß die demokratischen Konsequenzen gezogen und hohes Maß, obwohl es uns nicht leicht ankam, der Mehrheit gefügt. Ich selbst hätte den Vertrag nimmermehr unterzeichnet. Nachdem er aber unterzeichnet worden ist, müssen wir bereit sein, die eingegangenen Verbindungen zu erfüllen. Als Parteigenosse in Reich und Gleich nicht ich an die Arbeiter die Anforderungen, unserer Partei in guten und bösen Tagen die Treue zu halten und unseren Genossen in der Regierung für Amt nicht noch schwerer zu machen, als es ohnehin schon ist.

Nachdem die gegenwärtige Parteifraktionierung wieder für glücklich, noch für dauerhaft. Wenn wir schon nicht allein regieren können, sondern auf die Mitwirkung bürgerlicher Parteien angewiesen sind, so halte ich es für gut, wenn zwei bürgerliche Parteien vorhanden sind, die in gewissen Fragen sich gegenseitig die Waage halten, so daß wir wenigstens nicht einem einseitigen Druck ausgesetzt sind. Ich glaube an eine bessere Zukunft unseres Volkes, auch glaube ich, daß unserer Partei, der alten deutschen Sozialdemokratie, die schwere und große Aufgabe zugefallen ist, es dieser besseren Zukunft näher zu bringen. Nur unter der alten Sturmflagge der Sozialdemokratischen Partei ist die einzige Möglichkeit, die zum Siege führt.

Das schlafende A. A.

Dr. Berlin, 11. Sept. Die Wiederherstellung unserer Beziehungen zu den anderen Völkern der Welt ist die erste Voraussetzung für einen gedeihlichen Aufbau unserer Wirtschaft. Die führende Reichsstelle, die diese Aufgabe durchzuführen hat, ist das auswärtige Amt. Man sollte daher glauben, daß es die zurzeit meistbeschäftigte Behörde des Reiches wäre. Aber in keinem Reichsministerium herrscht jetzt so viel Friedlosigkeit wie im auswärtigen Amt. Die einzige Tat, mit der sein Leiter, Dr. Zimmermann, in den letzten Wochen bemerkt wurde, war die Note Hermann Willers an die lettische Regierung. Außerdem weiß man nur, daß sein Ministerium in der letzten Zeit mit diesem Scheitern die Mandchinnaffäre erlebt hat. Wie sich im einzelnen diese Erledigung vollzog, das wissen wir nicht. Die mit der fortschreitenden Regierung geschickelten Noten blieben im Dunkel der Wilhelmstraße — trotzdem wir ja ein demokratisches Regime haben. Von ihr erwarteten wir, daß es keine Geheimpolitik mehr treiben würde. Wann endlich wird diese Erwartung erfüllt? Wo bleibt die viel gerühmte Reform des auswärtigen Dienstes?

Ein Teil dieser Reform hätte die Neubestellung unserer Auslandsposten sein müssen. Es ist fast ein Vierteljahr her, daß eine offizielle Mitteilung zu melden wußte, das Kabinett werde sich in seiner heutigen Sitzung mit der Verteilung der Posten befassen. Seitdem ist es wieder still geworden. Die Entente ist sich längst klar darüber, wen sie zu Posten und Gehältern ernennen wird — unsere Regierung hat bis heute noch keine Entschlüsse darüber treffen können. Wenn wirklich die Beziehungen zum feindlichen Ausland wieder regelmäßig aufgenommen werden, wird man dann in letzter Stunde das über Kopf die Besetzung regeln. Würde sie rechtzeitig vorbereitet, so hätte das deutsche Volk Gelegenheit, sich zur Auswahl der Vertreter zu äußern und die Kandidaten des auswärtigen Amtes hätten selbst Gelegenheit, sich auf ihre künftige Arbeit vorzubereiten. Es kommt dazu, daß unsere Auslandvertretungen in Zukunft ganz anders organisiert werden müssen als bisher. Sie sind in ihrem Stabe anders zusammenzusetzen, ihre Finanzierung ist anders zu gestalten, ihre Zusammenarbeit mit der Heimat ist neu zu regeln — tausend Aufgaben, die längst hätten vorbereitet werden müssen und für die noch nichts, aber rein gar nichts, geschehen ist. Statt dessen herrscht in der Wilhelmstraße noch Sommerruhe.

Und was wird aus unseren Beziehungen zu Rußland? Ohne für sie eine Form zu finden, die Ausland als Rohstoff- und Arbeitsmarkt wieder erschließt, ist der Aufbau der deutschen wie der europäischen Wirtschaft nicht möglich. Man muß dafür eine Idee, Gedanken und Anregungen haben. Beunruhigt sich das auswärtige Amt, sie zu finden? Dann herrscht es doch merkwürdig, daß gerade diejenigen seiner Mitarbeiter, die die besten Kenner Rußlands sind, zurzeit spazieren gehen müssen.

Die deutsche Republik.

Die Vorgeschichte des Krieges.

(Eigener Drahtbericht.)
h. Berlin, 11. Sept. Der „Voll. Sta.“ wird gemeldet, daß das Reichsministerium den Professor Mendelssohn-Bartholdy in Würzburg, Grafen Montecassio und Prof. Schöningh beauftragt hat, die Veröffentlichung aller Urkunden über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges unter voller Verantwortung des Herrn und Frau Montecassio anzuordnen. Prof. Schöningh soll die Urkunden über die politischen Vorgänge in den letzten Jahren vor dem Kriege sammeln herausgeben, damit die Zusammenhänge der österreichisch-italienischen Krise die zum Kriege geführt hat, mit dem Gesamtplan der Politik erschaffen werden. Die Arbeit des Grafen Montecassio wird sich auf die Dinge, die mit dem Augenblick der russischen Gesamtmobilisation sich entwickelten, beziehen. Prof. Schöningh wird die diplomatischen Verhandlungen zwischen dem Reich und Serbien und der russischen Gesamtmobilisation bearbeiten. Die Arbeiten sollen möglichst beizuhilfen werden, da am 23. September der parlamentarische Untersuchungsausschuß seine Tätigkeit aufnimmt.

Hinje gegen Ludendorff.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 11. Sept. In der „Voll. Sta.“ veröffentlicht der frühere Staatssekretär des Reiches v. Hinje einen ersten Artikel über seine Beteiligung an den Vorgängen umfänglich des Waffenstillstandsangebots. Der Verfasser erklärt darin unter Berufung auf seine Schrift „Vorgeschichte des Waffenstillstands“, er habe, als er General Ludendorff Mitte Juli 1918 fragte, ob er sicher wäre, mit der derzeitigen Offensive den Krieg entscheidend zu beenden, ein bestimmtes Ja zur Antwort erhalten, was die Grundlage seiner Politik bis zu den ersten Augusttagen gewesen sei. Gegen Mitte August habe ihm Ludendorff erklärt, er besitze diese Sicherheit nicht mehr. Diese von ihm als dienstlich angelegene Mitteilung des Generals habe die Unterlage für die Politik von Grund auf geändert. General Ludendorff habe im Kronrat vom 14. August nichts von der Kriegslage gesprochen, so daß er gezwungen gewesen wäre, die Mitteilung über die fehlende Sicherheit unter Anziehung des Chefs des Generalstabes der Feldarmee als Quelle selbst vorzubringen. Er (Hinje) befreit ferner die Wahrheit der Ludendorffschen Behauptung, er, Ludendorff, habe ihm (Hinje) gegenüber die Notwendigkeit einer Verständigung des Krieges auf diplomatischem Wege betont. Er berufe sich auf das Zeugnis des Mitteilers Herrling, wovon weder im Mai, noch in der ersten Hälfte des August an dessen Vater vor der Obersten Decksleitung die Mitteilung ergangen sei, unter Verzicht auf irgendwelche Kriegsziele an Friedensangebot sei nicht erteilt worden. Auch der Reichsführer habe stets betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser stellt fest, daß durch seine feiner Antworten auf Anfragen des Reichsführers etwaige Friedensschritte ferner oder auf Befehlgebung der Einleitung von Friedensverhandlungen dränge. Erst am 10. September habe sich die Oberste Decksleitung mit einem sofortigen amtlichen Friedensschritt einverstanden erklärt. Am 11. September berichtete Herr v. Hinje in diesem Sinne aus dem Großen Hauptquartier an das auswärtige Amt.

Die Entente und Oberschlesien.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 11. Sept. (Vollst.) Dem Vernehmen nach ist eine Note der Entente betr. Oberschlesien hier eingetroffen, die den Willen der Entente zu einer durchaus objektiven Haltung erkennen läßt.

Oberschlesien ruhig.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 11. Sept. (Vollst.) In Oberschlesien ist alles ruhig. Es wird gearbeitet.

Die Reichstreue der Rheinpfälzer.

(Eigener Drahtbericht.)

Laut Meldung der Walsentale wurde in Landau eine Versammlung abgehalten, die eine Entschliessung fakte, in der es heißt: In Landau versammelte Bürger und Bäuerinnen von Stadt und Bezirk Landau, Walsen und Walseninnen aller Parteien, aller Berufe und aller Bekenntnisse erloben unentwegt Treue dem deutschen Volke heute und immerdar. Sie weisen mit Empörung die Schmach ab, mit der die besetzten „21.“ unheimlich seine Landbauern, an der bis jetzt stets treuen Stadt der deutschen Walsen behandelt haben. Sie bitten ihre deutschen Mitbürger im Reich, die Reichstreue der Landauer Walsen nicht nach einer kleinen Schar selbstständiger Reichstreuer und Abtrünniger zu bemessen. Deutschland und die Walsen auf ewig ungeteilt!

Wie gemeldet wird, fand keiner der Anhänger Saas und Gen. den Mut, in der Versammlung als Redner aufzutreten.

Noske und General Dupont.

h. Berlin, 11. Sept. Nachdem die Entente wiederholt angedeutet hat, daß die Verfeinerung des deutschen Seeres in dem vorangehenden Umfang durchgeführt wird, hat sich der Reichswehrminister Noske veranlaßt gesehen, dem Chef der französischen Militärmission in Berlin, General Dupont, seinen Besuch zu machen und ihm die Art der Verfeinerung des deutschen Seeres vorzulegen. Der General hat daraus die Überzeugung gewonnen, daß die Reduzierung der Armee planmäßig erfolgt.

Verschwindende Parteigelber.

(Drahtmeldung aus München Korrespondenten.)
fr. München, 11. Sept. Hier sind, wie in einer Sitzung des Aktionsausschusses mitgeteilt wurde, 24.000 M. aus der Parteikasse der U.S.V. verschwunden. Davon hat sich Sandhoffer 16.000 M., ein anderer 8000 M. angeeignet, die unter der Arbeiterschaft eines Münchener Großbetriebes gesammelt worden sind. An der gleichen Sitzung wurde mitgeteilt, daß ein Mitglied der Kommission, die den Kassen eines Parteiführers neu besetzen soll, selbst als Bewerber dafür auftrat. Im Interesse der Partei wurde abgesehen, das Verwendungs schreiben nicht zu veröffentlichen. Auch dürfte nichts von alledem an die Öffentlichkeit gelangen, weil sonst der Partei nicht wieder auf zu machender Schaden ausfallen würde.

Bei den Kommunisten hat ein Vorstandsmitglied 32.000 M. unterfallen, die er kaum zu verteidigen in der Schweiz verwenden wird, wohin er geflüchtet ist.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Von den im Ausmaß zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebietes anstellten Anträgen haben die folgenden die Zustimmung des Reichsarbeitsrats gefunden: 1. Die Reichsregierung wird von dem Ausmaß absehen, an die anderen Räte mit dem Vorschlag heranzutreten, sofort eine internationale Beschlußfassung über die Einführung der 6-Stunden-Schicht im Steinkohlenbergbau untertaun herbeizuführen. 2. Der Ausmaß wird vom Reichsarbeitsminister mit den bisherigen Beschlüssen in Bernanena erklärt. Er prüft fortlaufend, ob auf den Rechen und von den Behörden alle technischen und sonstigen Vorkehrungen zur Einführung der 6-Stunden-Schicht getroffen werden. Ende November tritt der Ausmaß wieder zusammen, um den Beweis zu erbringen, daß ohne Gefährdung der Kohlenverlusträume Deutschlands die 6-Stunden-Schicht am 1. Februar 1920 eingeführt werden kann.

Der Streik im Leipziger Buchhandel zu Ende.

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 11. Sept. (Vollst.) Der Streik im Leipziger Buchhandel ist beendet. Die Arbeit wird am Freitag wieder aufgenommen.

Die Bewegung unter der Berliner Metallarbeiterchaft.

Berlin, 11. Sept. (Berichtskorrespondenz.) Nach der „V. A. am Mittag“ sind die seit Monaten währenden Verhandlungen über die Festlegung eines La-

rifes für die Groß-Berliner Metallarbeiter unterbrochen worden. Das Reichsarbeitsamt hat verweigert, die Gesetze zu überbrücken. Damit ist die Gefahr eines allgem. Metallarbeiterstreikes nahegerückt. Der Metallarbeiterverband fordert drei Lohnklassen mit Stundenlöhnen von 3 bis 3,50 M. moogen der Entschluß des Reichsarbeitsamtes fünf Lohnklassen mit Stundenlöhnen von 2,20 bis 3 M. festsetzt. Die Arbeiter bezeichnen die Zuschläge als eine Kränze für Wohlverhalten und erklären, eine solche Anzahl von Arbeitern würde nach den neuen Lohnklassen demnach als bisher verdienen. Der Verband der Berliner Metallindustriellen erkl. daß die unmittelbare Gefahr eines Streikausbruchs nicht besteht. Das Schiedsgericht werde am 15. September erneut zusammentreten.

Die Hamburger Polizeigruppe.

Hambura, 11. Sept. Das Hamburger Parlament beschloß auf Antrag des Senats vorläufig 15 Millionen Mark als Vorläuf auf die vom Reich zu erwartenden Beiträge für die Schaffung einer vorläufigen 5000 bis 6000 Mann starken Polizeigruppe.

Verbot des Glücksspiels.

Berlin, 11. Sept. Durch eine Verordnung des Oberbefehlshabers Roste wird auf Grund des Verlaugensausstandes das öffentliche Glücksspiel, sowie das Glücksspiel in Vereinen, insbesondere in Klubs, verboten. Die Verordnung tritt am 14. September in Kraft.

Der Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 11. Sept. (Radio.) Der Friedensvertrag wurde gestern mit einem sechs Seiten langen Bericht vom Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten dem Senat vorgelegt. In diesem Bericht wird angeführt, daß die Verhandlungsanträge und die Vorbehalte den Zweck verfolgen, die amerikanische Unabhängigkeit und Souveränität zu bewahren und daß damit der Wohlfahrt der Menschheit gebiert wird.

Serbens Widerstand gegen die Unterzeichnung des österreichischen Friedens.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 11. Sept. (Havas.) Vesnetich erklärte in einer Unterredung, daß er jeden Ausbruch der Antwort aus Belgrad bezüglich der Unterzeichnung ermar.

„Zeit Varisien“ sagt, daß man in offiziellen Kreisen nicht glaube, daß Serbien seinen Widerstand verläugern werde.

Der Friede mit Bulgarien.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 11. Sept. (Havas.) Die Uebergabe der Friedensbedingungen an die bulgarische Delegation wird wahrscheinlich am Montag erfolgen. Ein Ausmaß der Verhandlungen wird alsdann der Presse übergeben werden.

Die Konkurrenz der Entente.

Haag, 9. Sept. Der „Wallenkorrespondent“ des „Nieuwe Rotterdammer Courant“ meldet, er habe in Konstantinopel von den bevollmächtigten Kontrollkommissionen der alliierten Nationen die Mitteilung erhalten, daß gegenwärtig der auswärtige Postverkehr von der Türkei und von Bulgarien nur noch nach Deutschland und nach den besetzten Ländern der ehemaligen Donaumonarchie beibehalten ist. Auch nach der Ratifizierung des Friedens werde dieses Verbot noch eine Zeitlang fortbestehen. Als Grund hierfür gab der Offizier an, daß die Alliierten die Wiederherstellung des Handels- und Schiffsverkehrs zwischen den ehemaligen Verbündeten so lange wie möglich verhindern wollten, um auf wirtschaftlichem Gebiete an die Stelle der Zentralmacht zu treten.

Die Weizenernte in den Vereinigten Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 11. Sept. (Vollst.) „Allgemein Handelsblatt“ zufolge wird die Weizenernte in den Vereinigten Staaten auf 923 Millionen Bushels geschätzt oder 6 Millionen Bushels mehr als im letzten Jahre, oder 132 Millionen Bushels mehr als der Durchschnitt der Ernte der letzten fünf Jahre beträgt.

Die armenische Frage.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 11. Sept. (Radio.) Williams hat im amerikanischen Senat beantragt, Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Armenien zu schicken.

Eisenbahnerstreik in Elsch-Lohringen.

(Eigener Drahtbericht.)

Mex, 11. Sept. (Havas.) Infolge des LaFoma-tio-führerstreikes liegt der Güterverkehr vollständig still. Der Güterverkehr nach Paris hiebt ohne Maßnahme im Bahnhof stehen. Es verlautet, daß wenn die Lokomotivführer nicht binnen 22 Stunden betriebsbereit werden, dann das ganze Regional des elsch-lohringischen Netzes den Streik erklären wird.

Deutsch-Südwestafrika.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Haag, 11. Sept. Die „Times“ melden aus Kapstadt, daß die indiarische Union die Verwaltung von Deutsch-Südwestafrika übernommen habe. Die Union habe die absolute Vollmacht und Gesetzgebung.

Die Entente gegen Sowjetrußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 11. Sept. (Vollst.) Die englischen Blätter vom 9. September melden, General Sacherom berichtet, daß die dritte Armee auf der linken Flanke einen wichtigen Erfolg errungen habe. Die drei roten Divisionen, die 25. und die 27. die die Hälfte der General Sabotow gegenüberliegenden Streifen besetzten, seien in Unordnung längs der Fronten zurückgezogen, etwa 30 Meilen westlich von der Stelle, wo es am 28. August zu den ersten Gefechten kam. Die Truppen des Generals Sabotow verlagerten sie.

Nach einem bolschewistischen Bericht vom 8. Sept. wurde in der Richtung Petro-Palowsk ein Plan-angriff auf den Feind unternommen, bei dem die Bolschewisten 300 Gefangene machten und 17 Kanonen erbeuteten. Auf dem Vormarsch treiben die roten Truppen den Feind zurück. Dieser zieht sich auf den Wago-Fluß zurück. Die roten Truppen haben Winofurrow, 16 Meilen nördlich von Tobolsk, besetzt. In der Gegend von Kaluturovsk jebten die roten Truppen die Verfolgung des zurückweichenden Feindes fort.

Amsterdam, 10. Sept. Den englischen Blättern vom 8. Sept. zufolge hat ein riesiger Brand in Archangel zahlreiches Sägemehl zerstört. Der Schaden beträgt 6 Millionen Ruub Sterling.

Letzte Nachrichten.

Revolution in Honduras.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 11. Sept. (Radio.) Der Präsident von Honduras, Betram, hat sein Amt niedergelegt und die Rebellen sind in die Hauptstadt an zwei Stellen einedrungen. Die wichtigsten Stellen der Nordküste sind in ihrer Hand. Die Amerikaner in Ceiba haben die Vereinigten Staaten um Schutz ersucht. Das amerikanische Kriegsschiff „Glebe-land“ hat Befehl erhalten, sich nach Ceiba zu begeben.

Die Forderungen der englischen Bergarbeiter.

London, 11. Sept. (Vollst.) Auf dem Gewerkschaftskongress in Glasgow wurde die von dem Führer der Bergarbeiter Smilie unterbreitete Entschliessung, in der die Verhaftung von Arbeitern nicht mit überwälten der Mehrheit angenommen.

Aushebung eines Schieberregiments.

Kranfurt a. M., 11. Sept. Am Schieberregiment in der Kronprinzenerstraße brachte eine unfeindliche Streife eine unerwartet große Ausbeute. Vier arde Kostwagen Lebensmittel und Tabak wurden nach dem Polizeipräsidium beschlagnahmt. Die Polizei stellte in dem Blod über 500 Schieber fest.

Der Münchener Geiselmord vor Gericht.

München, 10. Sept. Der unbedeutend vorkommende Kaufmann Fister gibt an, Seidl sei als Oberstkommandierender im Gmnasium tätig gewesen. Er habe immer nur von Verhaftungen von Ausländern aus der roten Garde und von Erschießen gesprochen. Seidl und Dausmann hätten sich gegenseitig im Dienst abgelöst und sich auch vor dem Anknackten Geiselmann betreten lassen. Er sei in manchen Räumen mitentschieden habe. Seidl sei bestimmt kurz nach der Erschießung in den Hof gekommen, um sich die beiden Leichen anzusehen. Am Nachmittag habe Dausmann mit Seidl und Geiselmann im Geiselmord die mit Erschießenden ausgeführt, und später sei Geiselmann nochmals zurückgeführt, um die Reihenfolge der Ober zu bestimmen.

Von den weiteren Neuigkeiten berichtet der Reue Ludw. Boas, er habe als Wachhabender im Luitpoldgymnasium in der ersten Nacht die Geiseln aus dem Keller herausführen lassen und ihnen ein Wachzimmer am Wärmern angewiesen. Als er Seidl vorhalte über den unzulässigen Aufenthaltsort der Geiseln machte, habe Seidl ihm antwortet: Dann führen wir sie eben wo anders hin. Darauf seien sie im dritten Stock untergebracht worden. Am Tag der Geiselmord habe er kurz vor 12 Uhr mittags im Nachhof ein Auge mit der Aufforderung erschienen. Leute für die Erschießung der Geiseln zusammenzutellen. — Der aus der Festungshaft vorgeführte Reue Ferdinand Wairainther, der in der Materiepublik vorübergehend Polizeipräsident von München war, bestritt, daß von ihm ein Seidl der Befehl ausgegangen sei, die in der Polizeidirektion unterbrachten Geiseln nach dem Gmnasium zu bringen. — Der Reue Josef Schneider berichtet, der vor einigen Tagen in das anommene Kammerfetter habe nach der Erschießung der beiden Geiseln in ihn auffordern wollen, den beiden die Papiere abzunehmen. Kammerfetter habe zu ihm gesagt: Niederstrecken habe ich sie schon lassen, aber den Mut finde ich nicht, ihnen die Papiere abzunehmen, mir arau davor. Er habe ihm antwortet, doch ein paar Augen zu holen, wenn er nicht selbst den Mut dazu finde.

Darauf wird der verheiratete Kriesenberger alias Kammerfetter vorgeführt, der gegen den Ganston im Reuezimmer wegen Verbauchs der Leihnahme am Geiselmord verhaftet wurde. Nach seiner Darstellung sei am Morgen des 30. April ein Soldat aus dem Kriegsministerium mit der Nachricht einetroffen, im Hotel waren rote Garbitten von den weißen erschossen worden, dafür sollten nun die beiden Weisardisten erschossen werden. Der Reue sei darauf sofort in die Wohnung des Seidl gegangen, um ihm hieron Mitteilung zu machen. Seidl habe antwortet: Wenn Du glaubst, daß Du es machen kannst, dann komm Du es machen. Er habe den Sinn seiner Worte nicht verstanden, daß er den Befehl ausführen solle. Ins Gmnasium zurückgeführt, habe er die beiden Soldaten zusammen mit Seidhofer in den Hof geführt. Seidhofer habe dann Leute für die Erschießung gesucht. Er sei in dieser Zeit den beiden im Hofe anstehen. Mehrere Soldaten hätten den beiden bedeutet, sie sollten sich an die Wand stellen. Sie hätten es aber von selbst getan. Dann sei Seidhofer mit etwa 10 Mann gekommen und darauf wieder fortgegangen. Ein Mann, der wegen der Erschießung eines Anknackten durch die Weissen besonders erbittert war, habe zuerst geschossen. Ein Kommando sei gar nicht gegeben worden. Von den Anknackten habe Josef Seidl bestimmt in der Schützenkette anstehen und geschossen. Der Reue erklärt, er sei dann in die Kasse gegangen, wo ein Rivoli Seidl erd frua, weshalb die beiden erschossen wurden. Seidl habe ihm gesagt, sie hätten auf Roste Garde geschl. und hätte ihm dann aufgefördert, von den beiden Toten die Papiere zu holen. Am Hofe habe er zu einem Soldaten gemeint, er tue das nicht selbst, er sei einen Toten nicht anrühren könne. Aussen hätten er dann getan. Der Reue Schneider müsse seine Worte mitverhandeln haben. Davon, daß er selbst geschossen habe, wie der Anknackte Seidl behauptet, könne keine Rede sein.

Der Schneidermeister Titus Wabelsberger, der in bekanntlichem Vernehmen auf Seidl schritt, wird unbedeutend vorkommen. Der Vorlesende stellt fest, daß ein an den Reue gerichteter Brief Seidl in sehr heralischer Form gehalten ist. Der Reue verliert dann daraufstellen, wie er an einem Sonntagmorgen zufällig dazu gekommen sei. Frau Hausmann zu befinden. In eine Unterredung über die Reuegeschichte der Frau Hausmann will er sich nicht mehr erinnern. — Der Vorlesende läßt darauf Frau Hausmann nochmals vorlesen und hält dem Reue vor, daß er bei seinem Besuch Frau Hausmann darauf aufmerksam gemacht habe, daß sie die Hauptzeugin im kommenden Prozeß sei und daß es an ihr liege, den Seidl einzuwickeln zu lassen. Frau Hausmann hätte darauf antwortet, sie habe ja ihre Aussage schon gemacht und sei bereits verurteilt, worauf ihr der Reue erwidert habe, ihr Eid alle nichts, weil sie damals noch krank gewesen sei; sie könne ihren Eid noch zu umwideln, daß Seidl nicht zu hineinkomme, und dem Reue täte es ja nicht mehr weh. — Der Reue leugnet die Richtigkeit dieser Darstellung, wogegen Frau Hausmann sie bestätigt und hinaufsetzt, der Reue, dem Reue täte es nicht mehr weh, habe sie besonders verlesen.

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Hoffmann, gibt darauf bekannt, daß er die Beurteilung der Aussage dieses Reuen aus dem Stand eines Ermittlungsverfahrens wegen Meineids mache und den Reue für verhaftet erkläre.

Am selben Augenblick erhebt sich der Anknackte Josef Seidl und erklärt, Wabelsberger habe sich während der Geiselmord im hinteren Hofe des

Gymnasiums aufzuhalten. Er erkenne ihn ganz bestimmt als den Mann wieder, zu dem er laute: Man sollte doch nicht die Leute erschrecken. Darauf habe Babelsberger geantwortet: Die machen es uns auch nicht anders, in zwei bis drei Tagen sind wir auch alle tot. — Der Vorsitzende fragt den Anwesenden, ob er sich nicht täusche. Josef Seidl bleibt jedoch bei seiner Behauptung, der Babelsberger sei verstorben. Der Reue wird darauf in die Unterredungsbühnen abgeführt.

Die weiteren zahlreichen Neuigkeiten bringen keine wesentlichen Einzelheiten über die Besetzung bei der Kreisverwaltung. Einmal Anachronie der Kreisverwaltungskommission des 1. Regiments, die sich am Vormittag im Gymnasium in der Kaserne aufnahmen lassen wollten, berichten, Schidlofer habe sie mit den Worten empfangen, da kommen gerade die neuen Schützen, auch kann ich alle brauchen.

Badische Politik.

Zur Oberbürgermeisterfrage.

Man schreibt uns: Der Vorsitzende der Kommission des Stadtrats und der Demokratischen Bürgervereinskommission hat auf Bürgermeister Dr. Winter in Mannheim. Herr Dr. Winter hatte sich auf eine entsprechende Anfrage bereit erklärt, in Verbindung mit seiner Untertan in den Dienst der Stadt Karlsruhe einzutreten, falls der Stadtrat in Mannheim seinem Austritt aus der dortigen badischen Verwaltung zustimmt. Diese Voraussetzung hat sich erfüllt. Oberbürgermeister Dr. Winter in Mannheim hat der ihm entlassenen Abordnung erklärt, daß es ihm sehr schwer falle, Herrn Dr. Winter, auf dessen Mitarbeit in der schweren Lebensarbeit er ganz besonders rechnen habe, aus Mannheim wegzunehmen zu lassen. Da es sich für Herrn Dr. Winter aber darum handle, seinen Wunsch nach Erlangung einer selbständigen Stellung in Erfüllung zu sehen, so werde der Stadtrat doch auf den Verzicht, Herrn Dr. Winter für Mannheim festzuhalten, verzichten müssen.

Daraufhin hat sich Herr Dr. Winter für die Wahl zum Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt. Herr Dr. Winter ist im Jahre 1872 als Sohn eines Lehrers im Feuerbach bei Randen geboren. Seine hochbetagten Eltern — der Vater ist 82 Jahre, die Mutter 70 Jahre alt — leben heute in Reich, dem letzten Alters des Vaters. Herr Dr. Winter besaß die zweite juristische Staatsprüfung im Jahre 1899 mit bestem Erfolge, so daß er schon im Jahre 1900 zum Amtsrichter, 1905 zum Oberamtsrichter und 1906 zum Landgerichtsrat in Mannheim ernannt wurde. Dort wurde die Bürgerwehr auf ihn aufmerksam, als sie im Jahre 1908 einen Bürgermeister zu wählen hatte. Die Wahl fiel auf Dr. Winter. Da es ihm gelang, die Rechte der Bürgerwehr der Mannheimer Bürgerwehr zu gewinnen, erachtete sich am besten aus der Sache, daß er nach den politischen Umständen im Juli 1919 mit großer Stimmenmehrheit wieder gewählt wurde. Nunmehr liegt es an der karlsruher Bürgerwehr, durch eine einstimmige Wahl des Herrn Dr. Winter zum Oberbürgermeister der badischen Hauptstadt zu wählen, daß der Weg für eine erfolgreiche Leitung der Stadtverwaltung geebnet ist.

Die Verwendung von Kriegseisendügeligen im badischen Staatsdienst.

(Eigener Bericht.)

Nach einer unter den Ministern getroffenen Vereinbarung erhalten die im künftigen Jahre als Beamten anzuwerbenden Kriegseisendügeligen, die dem Militärverdienst nach noch nicht befreit, als Beamtenanwärter dieselben Stelle wie die Militäranwärter mit weniger als acht Jahren Militärdienst. Solche Kriegseisendügeligen, die verbeiratet und über 28 Jahre alt sind, erhalten dieselben Anwartschaften wie die Militäranwärter mit mindestens achtjähriger Militärdienstzeit. Die Beamten der bereits im Dienst befindlichen Kriegseisendügeligen Beamtenanwärter sind von ihrem Dienst entlassen oder wenn sie vor dem 1. März 1919 schon eingetreten sind, nach diesen vereinbarten Grundregeln in der Weise freizusetzen, daß eine Nachzahlung für die Zeit vom 1. März d. J. an nicht aber für die weiter zurückliegende Zeit erfolgt. Als Kriegseisendügelige im Sinne dieser neuen Bestimmungen gelten Anwärter, denen auf Grund einer Kriegsdienstbescheinigung eine Militärdienstzeit anerkannt ist, ohne Rücksicht darauf, ob diese Rechte tatsächlich zur Ausübung gelangt oder ihre Ausübung nur zeitweilig unterbrochen ist.

Nach der Kantscheidungsfrage für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Notariate beträgt die Anfangsbezahlung der Kantscheidungsämter für Militäranwärter, die den Militärverdienst besitzen, und eine Militärdienstzeit von mindestens acht Jahren nicht anders als die für verbeiratete Kriegseisendügelige im Alter von über 28 Jahren jährlich 1000 M. für Militäranwärter, die den Militärverdienst besitzen, aber weniger als acht Jahre Militärdienstzeit zurückerhalten haben, sowie für andere Anwärter jährlich 1000 M. Für nicht ehefähige Bewerber sind die Anfangsbehalte auf 1400 M., 1300 M. und 1100 M. festgesetzt worden.

Mitwirkung von Handel und Industrie bei der Gesetzgebung.

Der Handelskammer Mannheim hat im Namen der badischen und süddeutschen Handelskammern an sämtliche Reichsministerien folgende Eingabe gerichtet:

Der Handelskammer wird die Erfüllung ihrer Aufgaben gegenüber der Regierung und gegenüber den von ihnen vertretenen Firmen dadurch erschwert, daß sie nicht in ausreichendem Maße Gelegenheit haben, sich an den von der Regierung geplanten Maßnahmen und Gesetzesentwürfen zu äußern. Es muß vor allem beantragt werden, daß die Beratungen der einzelnen Ministerien der badischen Industrie und Handelskammern, nicht in erster Linie auf die Abfassung von Gesetzen, sondern auf die Berücksichtigung der Interessen aller Interessenten ist, nur durch die Ministerien selbst möglich. Die Berücksichtigung der Interessen durch einzelne Korporationen ist nicht nur außerordentlich

zeitraubend, sondern auch unwirksam und läßt sich mit den Forderungen der Zeit nicht vereinbaren. Die Folge des jetzt geübten Verfahrens, nur wenige Exemplare von Regierungsentwürfen einzelnen Korporationen wie zufällig zu überlassen, ist die, daß die heute erforderliche, tief in das Wirtschaftsleben eingehende Steuer- und Gesetzeswerke nicht mit der Gründlichkeit behandelt werden, die ihnen entgegengebracht werden muß. Es wäre für die Zukunft dringend zu wünschen, daß sämtliche Gesetzgebungsverfahren des Ministeriums, soweit sie Handel und Industrie betreffen, in der erforderlichen Anzahl dem Deutschen Industrie- und Handelsrat überlassen werden, der sie dann seinen Mitarbeitern sofort ausmündlich machen kann. Nur wenn dieses Verfahren beobachtet wird, erscheint uns Gewähr abgeben, daß alle Interessen in der ihnen zukommenden Weise Gehör finden.

Die Neugestaltung der Polizei.

(Eigener Bericht.)

Die Erschütterungen, die im November 1918 eine gänzliche Umgestaltung der Staatsform bewirkt haben, führten an der Polizei nicht nur vorübergehende, sondern an der Norddeutschen, aber auch bei uns in Süddeutschland den Eindruck, als ob das Militär die Rolle der Polizei ausgeübt erhalten sollte, eine Befürchtung, die sich namentlich in der neueren Zeit geltend gemacht und die Polizeibeamten auf den Plan gerufen hat. Selbstverständlich darf die alte Polizei nicht verdrängt werden, vor allem deshalb nicht, weil die Veranlassung von Truppen ein Experiment darstellt, von dem man nicht ohne weiteres gegen kann, daß es gelingen wird.

Leber diese Fragen, die natürlich vor allem die wirtschaftlichen Verhältnisse der Polizeibeamten betreffen, sprach in einer auf beiderseitige Verständigung des Landesverbandes Baden der Polizeibeamten Deutschlands Generalsekretär Dr. G. Franke von Reichsverband. In seinen Reden und überzeugenden Ausführungen kritisierte er zunächst die schlechte Versorgung der Polizeibeamten durch den Staat, die doch, als Güter der Ordnung und Sicherheit, eigentlich eine bevorzugte Stellung hätten einnehmen sollen. Statt dessen sei die Bezahlung derart gering, daß die Frauen dieser Beamten heimlich Nebenarbeit beibringen mußten, obwohl dies verboten war. Der Reichsverband habe die Beamtenbewegung in geordnete Bahnen gelenkt und die verschiedenen Strömungen auf eine demokratische Linie zu bringen verstanden. Der Verband habe schwere Kämpfe auszufochten gehabt, um die Staatsgewalt zu erhalten, Kämpfe, die noch nicht zu Ende seien.

Zu den Grundfragen, denen zur Bewahrung der Ordnung werden muß, gehörte die Disziplin. Aber das sei nicht gleichbedeutend mit Kadavergehorsam. Eine gewisse Organisation müsse den Autoritätswillen offenbaren. Die Staatsgewalt müsse mit Offenwilligkeit und Flexibilität ihren Dienst versehen, auch wenn der Dienst länger als 8 Stunden dauere, nur müsse den Anordnungen der Beamten Gehör und ihren Forderungen nachgegeben werden.

Rechtens seien Befehlungen im Ganzen gesehen, eine militärische Regierung im Leben zu sehen. Von beherrschender Stelle habe man sich nicht abdrücken lassen, daß die alte Polizei verfallen sei, was man sich in Berlin die Schaffung einer militärisch organisierten Polizeitruppe gedacht hat. Durch Beispiele aus der Praxis konnte der Redner darlegen, daß eine Truppe, die mit Disziplin und Gehorsam ausgestattet sei, sich nicht in den Straßen herumtrieb, nicht in der Lage ist, das Volk zu beschützen. Die Polizeibeamten verhalten sich anders. Die gesamte Polizei ist zu einer Reichspolizei umzuwandeln. In der Spitze der Reichspolizei, die mit der Generalmerit abzukommen hätte, soll ein Kommando treten. Es sind drei Kategorien zu bilden für die Kriminal-, Stadt- und Landpolizei (Generalmerit). In den Kreisstädten sind Unterbeiräte zu bilden. Einzelne Kommandos sind durch das ganze Reich zu verlegen. Der Polizeioffizier muß verstanden, die Kriminalpolizei muß hohem und ihre Zuständigkeit über die Grenzen hinaus unbedenklich sein. Es erweide den Anwesenden, als ob die Neugestaltung der Polizei eine Verengung der Befugnisse für Offiziere werden sollte. Freizeitspenden habe es für den Reichsverband erreicht, daß der Plan, die alte Polizeitruppe durch das Militär zu verdrängen, so gut wie aufgegeben ist. Um für die Polizeitruppe einen geeigneten Nachwuchs zu schaffen, sollen in den Kreisstädten Polizeischulen eingerichtet werden. Die Polizeibeamten haben ein halbes Jahr Ausbildung mitzunehmen und werden dann noch 6 bis 8 jähriger Dienstzeit als Schutzmann angesetzt.

In eindringlichen Worten empfahl der Vortragende, daß sich die Beamten innerlich der ihnen ausliegenden Parteien politisch betätigen und der gewerkschaftlichen Idee zum Siege verhelfen sollen.

Als programmatische Forderungen des Bundes formulierten der Redner die folgenden: Sicherung der Grundzüge der Polizeibeamten durch ein Reichsgesetz, Schaffung eines einheitlichen Beamtengesetzes, Regelung der Gehaltsfrage durch Reichsgesetz, Einführung des Feuerwehrgesetzes, Einführung eines Reichspolizeiaufsichtsgesetzes, Entmilitarisierung der Kreispolizei, Einrichtung von Beamtenkongressen und Beamtenausstellungen, denen das Mitbestimmungsrecht zugesichert werden soll, Neuordnung des Disziplinarrechtes unter Neuordnung der Rechtsgrundzüge. Des weiteren wurden noch soziale Einrichtungen für frische und invalide Beamte und deren Hinterbliebenen gefordert, fähigkeitsprüfung der Gesetze, die die Koalitionsfreiheit unterbinden. Zur Lösung des Bildungsbedarfes soll eine Polizeihochschule gebildet und eine Polizeihochschule angeschlossen werden. Weiter werden beantragt: Vereinfachung des gesamten Polizeiwesens, einheitliche Uniformierung und Bezeichnung.

Die Ausführungen fanden langanhaltenden Beifall.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Baden, Polizeikommissar Graef von Karlsruhe, berichtete über die Berliner Protestversammlung gegen die Einführung einer militärischen Sicherheitsarmee und gab die Entscheidung der 1700 Polizeibeamten Baden bekannt. Seine weiteren Ausführungen waren beachtenswerte Vorschläge, wie die Dienstverhältnisse und das Verantwortungsgesetz der Polizeibeamten gehoben werden können. Sie gabelten in der Forderung, daß man die alte Polizeimannschaft nicht verdrängen, sondern zur Festigung von Ruhe und Sicherheit heranziehen soll.

An die beiden Vorträge schloß sich eine Besprechung von Landesfragen.

Aus Baden.

Reichsbund der Kriegseisendügeligen.

— Karlsruhe, 10. Sept. Am Samstag, den 27. September und Sonntag, den 28. September ds. J., findet im großen Rathhausaal der 22. Badische Gau des Reichsbund der Kriegseisendügeligen. Kreisstellenleiter und Kreisführer beehren statt.

— Mannheim, 11. Sept. Unterhalb der Friedrichsbrücke hier wurde die Leiche einer 35 Jahre alten Schloßbesitzerin gefunden. Kneifschneidmesser Selbstmord vor, da die Frau schon einmal verheiratet hat sich im Wedar zu ertränken. — Beim Verladen von Holzstämmen auf einen Eisenbahnwagen bei unglücklicher der 42 Jahre alte ledige Taalshier Josef Lankos aus Brühl abfiel, daß er beim Abwerfen eines Stammes auf die entgegengesetzte Seite sprang, dabei an Boden absinkend wurde und ihm der Stamm auf den Kopf fiel, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

— Weinheim, 10. Sept. In den hiesigen Lederwerken wurden gegen 20 Felle von sehr beträchtlichen Werte gestohlen. Der Fabrikarbeiter Phil. Kroner von hier wurde in dieser Angelegenheit verhaftet. Auch in Mannheim, wohin das gestohlene Gut verkauft wurde, sind Verhaftungen vorgenommen worden.

— Rastatt, 11. Sept. Hier verunglückte ein 42 Jahre alter Landwirt von Hügelheim, der mit seinem Fuhrwerk zum Bortierhaus holte, durch Scheitern seines Pferdes tödlich.

— Freiburg, 11. Sept. In der Oberrealschule Hochburg bei Emmendingen ist Oekonomierat Bach von seinem Posten als Obbaulehrer für die Kreise Freiburg, Breisach und Offenburg zurückgetreten. Oekonomierat Bach wirkte seit 1901 an der Anstalt und von 1902 bis 1913 leitete er den Bad. Obstbauverein.

— Schönnau i. W., 11. Sept. Hier fand eine Bürgervereinsversammlung zur Vorbereitung der Bürgermeisterfrage statt. Nach einer langen Aussprache, die sich gegen den bisherigen Bürgermeister Vogel richtete, wurde eine Resolution eingebracht, die mit 36 Stimmen angenommen wurde. Die Resolution lautet: „Der heute versammelte Bürgervereinsrat spricht Herrn Bürgermeister Vogel für sein Verhalten bei der Bürgermeisterwahl in Rheinfelden sein volles Mißtrauen aus. Der Bürgervereinsrat erwartet, daß Herr Bürgermeister Vogel aus seinem Verhalten die Folgerungen zieht und sein Amt als Bürgermeister sofort niederlegt.“

— Konigsau, 11. Sept. Am nächsten Samstag und Sonntag findet eine Konferenz der Oberbürgermeister Baden statt.

Aus dem Stadtkreise.

Kur Wiedereröffnung des Bahnhofes Basel (Bad. Stb.) am Sonntag, den 14. ds. Mts., teilt uns mit: Am Sonntag bei der Voll- und Kapprückführung im Durdaansverkehr nach und von der Schweiz im Badischen Bahnhof in Basel zu verkehren, müssen die Warenholer im kleinen Grenzübergang nach und von Basel bis auf weiteres die seitigen Grenzübergänge benutzen. Der Bahnhof Basel Bad. Stb. bleibt daher für Warenholer im kleinen Grenzübergang zunächst absperrt.

Ernennung. In Stelle des zur Ruhe gegangenen Geh. Oberregierungsrats Herrn Rudolf von der Borch der Verwaltungsbteilung der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Oberreg.-Rat Karl Bitterich, zum Mitglied des Disziplinarrates für nichtrichtige Beamte ernannt.

Bürgervereinsversammlung. Am Mittwoch den 17. September, nachmittags 4 Uhr, findet eine öffentliche Sitzung des Bürgervereins mit einer 12 Punkte umfassenden Tagesordnung statt.

Die Frage eines Flugplatzes in Karlsruhe wird vom Verkehrsverein Karlsruhe eifrig verfolgt. Er hat sich mit dem karlsruher Luftfahrverein ins Benehmen gesetzt und wird auch mit dem Stadtrat in Verbindung treten. Man hofft, daß der von uns angelegte Plan verwirklicht werden kann. Öffentlich geht der karlsruher Stadtrat alsbald zur Tat über, zum Stadtrat Baden-Baden Verhandlungen einzuleiten hat. Baden-Los als Flugplatz der in Gründung befindlichen Flugverkehrs-Vereinsgesellschaft — Sie Frankfurt a. M. — zu bestimmen.

Wohnungen für Studenten. Das Wohnungsamt der Technischen Hochschule richtet in einer im heutigen „Tagblatt“ erscheinenden Anzeige die dringende Bitte an die einflussreichen Familien der Stadt, Studenten freizustellen und zu angemessenen Preisen in die Wohnung zu gewähren. Für den Fall ungenügender Angebote wird Managementsmitteilung bei offiziell festgesetzten Preisen angefragt.

Gefangenenerfüllung. Der Nationale Frauenverein teilt uns aus seiner Geschäftsstelle „Gefangenenerfüllung“ mit: Leber die Lage unserer kriegsgefangenen Offiziere in Sibirien sind in den letzten Wochen sehr beunruhigende Nachrichten in verschiedenen Tageszeitungen erschienen. Heute sind wir in der Lage, aus einem uns zur Verfügung gestellten Briefe vom 20. Juni 1919 einige erfreuliche Mitteilungen aus dem Lager von Krasl machen zu können. Sie lauten:

Zu meiner großen Freude erhielt ich in letzter Zeit zwei Briefe aus der Heimat, einen vom 2. Nov. 1918 und einen vom 13. Febr. 1919. Nur könnt Euch denken, daß es für mich eine große Verblüffung ist, nach einer Zeit von über 1 Jahr, wieder einmal eine Nachricht zu erhalten und die Lieben daheim sehen zu dürfen. Auch von mir kann ich daselbe berichten, es geht mir gut, vor allem bin ich vollkommener gesund. Wenn meine übrigen Wohlergehen braucht Ihr Euch keine Sorgen zu machen. Ich werde mich auch durchs Leben bringen. Schließlich habe ich ja auch gelernt.

Wir wohnen in Kasel in einem alten russischen Sommerlager (nach Art unserer Lebensplätze) in Erdbeeren, ca. 1/2 Stunde von der Stadt entfernt. Ich habe mir in einer kalten, ankommen mit meinen alten Freund und Lebensgefährten. Ich habe ein kleines Zimmer abgemietet, in dem wir uns ganz gemütlich eingerichtet haben, und das seit einem 1/2 Jahr der jünger. Ein auserkter netter, aktiver Offizier, mit uns teilt. Unsere Verpflegung ist natürlich unter den hierzulande herrschenden Umständen recht kümmerlich. Für Essen haben wir monatlich ca. 100

Rubel aus, wovon wir 50 Rubel als Gehalt und 50 Rubel durchs rote Kreuz als Reichsausdruck erhalten. Da es in letzter Zeit kaum möglich war, Geld zu mahlen, wurde am letzten Samstag, den 27. September, ein großer Teil darauf angewiesen durch unserer Hände Arbeit zu verdienen. Ich und ich haben uns hauptsächlich auf die Musik geworfen. Während er sich mit Klavierstunden und Stimmen ibrat, betriebe ich das Spielen selbst. Ich habe seit ca. 1/2 Jahren bei allen mäßigen Konzerten und Aufführungen in der um 2000 Einwohner starken Stadt zu tun, wir haben selbst Kammermusikwerke, auch großes Orchester, wobei ich als Trompeter, als 1. Hornist mitwirkte. Auf diese Weise verdienen wir gemeinsam jeden Monat etwa 100 Rubel. Ich habe also, ich komme durch. Es ist also nicht notwendig, mit Geld oder Meider zu scheiden, da ich mir alles, wenn auch zu ungläubigen Preisen, kaufen kann. Daraus schreibt mir so oft wie möglich.

Post-Konferatorium. Als Lehrkraft für Cello ist Herr Fritz Braack aus Berlin vom September an verpflichtet worden. Herr Braack studierte bei Prof. Kramet und Grimschneider und wird diesen Winter öfters als Solist und in Kammermusikabenden vor das Publikum treten.

Wegen Milchfälschung wurden angezeigt: zwei Landwirte aus Baden, die gemaiserte Milch als Vollmilch den Milchhandlern absetzten und ein hiesiger Wagnermilchverkäufer, der gemaiserte Wagnermilch verkaufte.

Schwere Mordtat. Der Portier Josef Grünlin, der von der Brauerei Sinner in Grünwinkel hatte am letzten Sonntag in der Frühe um 4 Uhr bei seinem Ausgange in der Nähe der noch unangebauten Soprenstrasse, südlich der Bahnhofs, etwas Verdrücktes bemerkt. Er ging darauf zum Bortierhaus zurück und wollte von dort entgegengesetzten Seite aus der Sache nachsehen. In der Dummheitsfrage wurde er von einem Unbekannten angefallen und durch 6 Stiche in den Kopf derart schwer verletzt, daß er am Mittwoch mittag im Krankenhaus starb. Der bis jetzt noch unbekannte Täter ließ am Montag seinen Hut zurück und soll nach Aussage des des tragisch um Leben gekommenen Portiers Schröder heißen. Die Firma Sinner hat auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Körperverletzung. In der Tat, die am 9. ds. Mts., nachts gegen 12 Uhr, hier, in der Durlacherstrasse sich abspielte, hat, teils uns die in Frage kommende Frau mit, daß es nicht richtig ist, von ihrem Mann mit einem ledernen Gürtel von hier überfallen worden zu sein. Ein Verhältnis kommt nicht in Frage, so daß also der Mann keinerlei Grund zu seiner Tat gehabt hat. Es ist anzunehmen, daß der noch flüchtige Täter unter einem bestimmten Namen leide, wofür schon öfter Anzeichen bemerkt worden sind.

Veranstaltungen.

Senatensabend. Am 18. September gibt die bekannte einheimische Gelehrin Marianne Schmitt zusammen mit dem Stuttgarter Pianisten Herrn Dr. v. d. S. im Saale der Vier Jahreszeiten einen Senatensabend, dessen Programm, außer der zweifachen, vokalen Charaktertragenden S-Dur-Sonate von Mozart und der ebenfalls sehr schönen wie humorvollen S-Dur-Sonate von Beethoven, als Neuheit ein Sonatensatz des karlsruher Komponisten Heinrich Callmair enthält. Karten im Vorverkauf in der Musikalienhandlung Dr. Doerflinger, Ritterstraße.

Stadtkonzerne. Heute Freitag finden im Stadtgarten Musikaufführungen des Musikvereins Karlsruhe statt. (S. d. Anzeiger.)

Standesbuch-Auszüge.

Eheausgabe. 11. Sept.: Jakob Kempf von Schutterwald, Fabrikarbeiter hier, mit Wilhelmine Traub von hier; Hugo Heimüller von Göttingen, Bahnarzt hier, mit Gertrud Rahmeyer von Berlin; Edmund Haag von hier, Tischler hier, mit Wilhelmine Arnold von hier; Urban Seligmann von Oberhermersbach, Straßenbahnbedienter hier, mit Maria Huber von Karlsruhe; Wilhelm Weder von Strahburg, Kaufmann hier, mit Erna Dengler von Strahburg; Leopold Barth von hier, Hilfspostbeamter hier, mit Apollonia Dreißl von Hünenberg, Mann von hier; Franz von Hünenberg, Buchhändler hier, mit Pauline Hülz von Hünenberg; Aug. Kautzler von Göttingen, W.-Bauteiler hier, mit Friederike Hülz von Hünenberg; Anton Friedmann von Hünenberg, Glaser hier, mit Elise Denta Witwe von Hünenberg.

Geburten. 3. Sept.: Friede Rosa Marie, Vater Carl G. Kaufmann, Mutter: Frau Pauline. 4. Sept.: Adolf Paul, Vater Paul Wipplach, Offizierleutnant. — 5. Sept.: Walter Adolf, Vater Albert Ropper, Kaufmann; Reinhold Stephan, Vater Doktor Heide, Kaufmann; Elise Marie, Vater Otto Dittus, Konditor; Maximilian, Vater Hermann G. G. Kaufmann, Kaufmann; Adam, Vater Paulus Heide, Drechsler; Ethel, Vater Elisabeth, Vater Fritz Heide, Generalagent; Hermann, Vater Hermann, Vater: Walter. — 6. Sept.: Anneliese, Vater Karl Hertel, Möbelmacher; Ernst Robert, Vater Johann Weller, Straßenbahnbedienter; Margarete, Vater: Karl, Sohn, Schneidermeister; Karl, Vater: Heinrich, Sohn, Stadtkonzerne; Theodor, Sohn: Christine, Wilhelm, Vater: Wilhelm, Herrmann, Vater: Theodor; Eugen Theodor, Vater: Albert Schmidt, Ingenieur. — 7. Sept.: Silvanus Theodor, Vater: Josef, Vater: Albert, Vater: Will, Vater: Josef, Vater: Josef, Vater: Walter. — 8. Sept.: Erwin, Vater: Hans, Vater: Karl, Vater: Erwin. — 9. Sept.: Erwin, Vater: Hans, Vater: Karl, Vater: Erwin. — 10. Sept.: Werner, Vater: Hans, Vater: Karl, Vater: Erwin. — 11. Sept.: Margarete Frieda, Vater: G. Jönsson, Drechsler.

Todesfälle. 10. Sept.: Karoline Lugetein, ledig, ohne Beruf, alt 73 Jahre; Adolf Richter, Schlosserlehrling, alt 17 Jahre. — 11. Sept.: Elise Bartels, ledig, Wobitlin, alt 21 Jahre.

Beerdigungen und Traueranzeigen. 12. Sept.: 12 Uhr: Christine Salge, Kapellendirektorin, Winterstr. 40. — 3 Uhr: Theresie Wenz, Kapellendirektorin, Durlacherstr. 47. — 4 Uhr: Adolf Richter, Schlosserlehrling, Winterstr. 34.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Sanatorium Castell-Wilhelmshöhe konnte sein 25jähriges Bestehen feiern. Es entwickelte sich zu einem der bedeutendsten seiner Art. Das groß angelegte Werk fand im In- und Ausland Beachtung und die erzielten Erfolge brachten es zu großer Blüte.

Osram
Die bewährte
Drahtlampe

Osramwerke G. m. b. H. Kommanditgesellschaft
Berlin O 17.

Zur Frage der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion

erhalten wir von Herrn Geh. Kommerzienrat Robert Sinner, Grimmling, folgende Zuschrift, der wir hier Raum geben, da sie uns in mancher Hinsicht Beachtung zu verdienen scheint, ohne daß wir in allen Punkten dem Herrn Sinner zustimmen möchten. Red.

Herr Minister Dietrich hat in einer landwirtschaftlichen Versammlung in Großschauen den deutschen Landwirten nahegelegt, daß sie an eine durchgreifende Hebung der Produktion herangehen. Dies ist jedenfalls dringend zu wünschen, nur wird es nötig sein, daß die Hebung des Ertrages nur dazu beiträgt, daß dies Ziel erreicht werden kann. Vor allem müssen die Erzeugnisse der Landwirtschaft so bezahlet werden, daß sich ihr Anbau auch rentiert, denn es nützt nichts, wenn bekanntlich nichts. Außer Zweifel steht jedenfalls, daß die für Brotfrucht offiziell bezahlten Preise die Produktionskosten in den letzten zwei Jahren nicht gedeckt haben. Voriges Jahr erhielt der Landwirt:

Table with 2 columns: Product and Price. Items include 100 Hilo Roggen (31.50 M.), 100 Hilo Gerste (30.00 M.), 100 Hilo Weizen (33.50 M.), etc.

das ist noch nicht einmal das Doppelte des Friedenspreises, während sich die Produktionskosten in einem ganz anderen Verhältnis gesteigert haben: die Löhne haben sich verdreifacht, die Düngemittel ebenso, Gerätschaften und Pferde sind auf das Mehrfache des Friedenspreises gestiegen. Steuern und die Lebenshaltung des Landwirts selbst beanspruchen ganz andere Aufwendungen wie vor dem Kriege. Wenn die deutsche Landwirtschaft dauernd genötigt sein sollte, auf der jetzigen Grundlage zu arbeiten, dann würde es mit ihrem Weiterbestehen schlecht bestellt sein. Von ihr aber unter diesen Umständen noch eine Erhöhung der Produktion zu verlangen, ist ein Unding. Der Preis für Getreide und auch nach dem deutschen Landwirt allerdings weiß sich zu helfen. Statt Getreide baut er Zuckerrüben und seinen geringeren Anfall an Brotfrucht liefert er nicht der Reichsgeldstelle, sondern dieser geht in den Schlechthandel und wird zum Mehrfachen des uralten Preises verkauft. Anders liegt die Sache jedoch beim Getreide, der unter der Kontrolle seiner Leute steht und abliefern muß, wenn er nicht demunziert sein will. Ihm wird nichts übrig bleiben, als von dem Getreidebau abzusehen, und da nicht in ganz Deutschland Zuckerrüben und Mais angebaut werden können, so wird er gezwungen sein, wieder zur primitiven Form der Landwirtschaft, zum extensiven Betrieb überzugehen, um Arbeitslöhne und Dünger zu sparen. Da wo heute wogende Kornfelder stehen, werden in wenigen Jahren, wie dies vor 50 Jahren der Fall war, auf der Brache Schafweiden weiden. Die deutsche Getreideproduktion aber wird auf ein Minimum herabgedrückt sein, denn wie der Herr Minister ganz richtig sagt, sind wir nicht mehr in der Lage, unser Brotgetreide vom Auslande zu beziehen, weil uns das nötige Geld fehlt. Will man die deutsche Landwirtschaft hinsichtlich des wichtigen Anbaues von Brotfrucht leistungsfähig erhalten, so muß mit der leistungsfähigen Wirtschaftspolitik gebrochen werden.

Der Herr Minister empfiehlt schließlich die Einführung des Getreidemonopols, ein unter dem Zeichen des Monopols ein wenig, etwas nach würdiger Vorschlag. Um so mehr würdiger, als nach seiner Ansicht dieses Monopol unabhängig vom Weltmarktpreis arbeiten soll. Er meint damit also wohl, daß der deutsche Landwirt in der Lage sein sollte, sein Getreide billiger als der Argentinier, der Amerikaner oder der Russe zu verkaufen. Da dies nach den bisherigen Erfahrungen sich allerdings nicht möglich sein wird, so muß ein derartiges Monopol ebenfals als Enderfolg der Kultur der deutschen Landwirtschaft zu bezeichnen haben. Viel richtiger erscheint es mir, wir sollten, wie die anderen am Kriege beteiligten Völker, zur freien Wirtschaft zurück, die Möglichkeit dieser Herabsetzung wird durch die Tatsache bestätigt, daß beispielsweise Gerste, welche bei uns noch bewirtschaftet und beschlagnahmt ist, trotzdem jedoch im Schlechthandel zu 200 M. bis 225 M. per 100 Hilo angeboten wird, wogegen der Landwirt bei Ablieferung an die Reichsgeldstelle den geradezu lächerlich niedrigen Preis von 41.50 M. erhält. Dem von Amerika eingeführten Mais liegt ebenfalls ein Getreidepreis von 225 M. zugrunde. Sogar dagegen ist freigegeben und heute zum Preise von 110 M. per 100 Hilo im freien Markte zu haben, ein Preis, der den Produktionskosten entspricht und mit dem der Landwirt zufrieden sein kann und muß.

Ausdrücklich möchte ich noch bemerken, daß die Druckprämiere keine wesentliche Verdrängung der Sachlage herbeiführen können. Sie haben nur für diejenigen Gegenstände Wert, in welchen früh eingezeichnet, also auch früh getrieben werden kann, ganz abgesehen davon, daß das Vertrauen des durch die Wirtschaft bedingten Arbeitsplanes andererseits Aufwendungen und Verluste mit sich bringt, welche die Prämie meistens illusorisch machen.

Aus dem Wirtschaftsleben. Mit der Bewirtschaftung der diesjährigen Kartoffelernte, dem Saatunterbreche, der Beischauna des Sandels an der Durchführbarkeit der Kartoffelverformung, dem Abbau der Aromastoffe und anderen für die Allgemeinheit wichtigen Fragen aus dem Gebiete der öffentlichen Bewirtschaftung für Kartoffeln wird sich die am 22. d. M. in Berlin im Weinhaus „Rheinold“ stattfindende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes deutscher Kartoffel-Unter-

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Schrift versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Bedingungen für die Frankfurter Ausstellung.

Die vom Magistrat und der Handelskammer Frankfurt a. M. veranstaltete Internationale Einfuhrmesse dauert vom 1. bis 15. Oktober 1919.

An der Spitze der Organisation steht der durch das Wirtschaftsamt der Stadt Frankfurt a. M. ernannte Kommissar. Sein ausführendes Organ ist das Komitee. Dieses ist wie folgt besetzt:

Das Zentralbüro erledigt alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung und bearbeitet die Korrespondenz, die Anmeldungen, Vertretungen und Kataloge. Ihm unterstehen die Anstalt und Messingtrakt, Buchhaltung und Kasse sind ihm angeschlossen. Der Propaganda-Abteilung liegt die Bearbeitung der allgemeinen Ankündigung und aller auf das Ausland bezüglichen Angelegenheiten ob. Das Literarische Büro gibt die Zeitschriften heraus und erledigt den Verkehr mit den Vereinen. Das Wohnungsamt bearbeitet die Anmeldeangelegenheiten der Unterbrünnung, Kasse und Verkehr.

Die Organisation des Kommissars ist methodisch aufgebaut worden; mit dem Zuwachs von neuer Arbeit wächst auch die Zahl des beschäftigten Personals, das in unparterlicher, unmittelbar an die Anstalt nachschickende Räume ist.

Für alle Interessenten geben wir im folgenden noch die hauptsächlichsten Bestimmungen für die Besichtigung der Messe bekannt.

Durch die schriftlich erfolgte Anmeldung unterwirft sich der Aussteller den in einseitigem Verträge niedergelegten Bestimmungen.

Alle Exponate aus dem Inlande einschließlich Luxuswaren können ohne Beschränkung ausgestellt werden. Dem Ausland steht die Besichtigung der Messe offen, soweit es sich um Rohstoffe und Halbfabrikate handelt. Fernwaren aus dem Ausland werden in einem bestimmten Rahmen zugelassen, soweit sie der heimische Markt benötigt. Die Entscheidung über die Zulassung steht dem Kommissar.

Als Ausstellungsraum dient die aeromarine Halle mit ihren Anbauten.

Den Besuchern stehen Stände in folgenden Formen zur Verfügung: Vollständige abgegrenzte, offene und Schrankstände. Die Stände werden in sämtlichen von den Ausstellern gewünschten Größen abgebaut. Für Sonderausstellungen stehen abgegrenzte Räume zur Verfügung, außerdem können Stände im Freien vernietet werden.

Die Mietkonditionen sind wie folgt festgesetzt: Für den Quadratmeter Bodenfläche eines geschlossenen Standes 85 M., eines offenen Standes 70 M. Ein Schrankstand kostet für die Dauer der Messe 180 M., der Quadratmeter Fläche im Freien 20 M.

Die erfolgte schriftliche Anmeldung wird dem Aussteller schriftlich bestätigt.

Die Anweisung der Plätze erfolgt durch das Komitee unter Berücksichtigung der Besichtigung der jeweils angekauften Räume. Andere als die angemeldeten Waren dürfen nicht ausgestellt werden. Auch darf der erzielte Platz nicht anderen Firmen weder entgeltlich noch unentgeltlich abgetreten werden.

Das Komitee verpflichtet auf Wunsch und Kosten der Aussteller die Gegenstände gegen Feuer- und Diebstahlversicherung zu versichern. Alles Nähere ist aus den gedruckten Bestimmungen, die an jeden Interessenten vom Komitee abgegeben werden, ersichtlich.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

Berlin, 11. Sept. In der Börse mochte die Aufwärtsbewegung der Dividendenwerte im Anschluß an Frankfurt und Hamburg weitere Fortschritte. Der Kurs der von der Spekulanten betriebenen Papiere erhielt noch eine Erweiterung. Erregtes Geschäft herrschte wiederum in Rohstoffwerten bei steigender Richtung. Romona 200 Proz. höher. Starke Kaufkraft begegneten aus den bekannten Gründen wiederum Hartwerts und Elektroaktien. Von guter Seite wurden Goldschmelzaktien in großen Mengen aus dem Markt genommen, was eine Kurshebung von 35 Prozent zur Folge hatte. Schiffbauaktien weiter kräftig steigend. Die Bauaktien liegen gleichfalls weiter. Turf. Loh fallen sich um 2 M. höher, jedoch traten feindliche Unterbewegungen mehr in den Hintergrund infolge des Hinwärtens in den Zeitungen auf die bevorstehende Finanzreform des Staates, ohne aber im Kurse einzuwirken. Der Anlagemarkt war bei gutem Aussehen und unregelmäßigen Bewegungen ruhig. Gelderreichliche und unregelmäßige Renten kaum verändert. Die Börse war gegen Schluss ruhiger. Kanada 525-540-544-537, Steuereinkommen 555-573-558, fast konstant. Romona überstiegen den Kurs von 2000.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für: 10. Sept. 1919, 11. Sept. 1919. Tabelle mit Währungen (Dolland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Schweiz, Dänemark-Ungarn, Spanien, Belgien) und Werten.

Berliner Kursnotierungen.

Table with 3 columns: Date (10. Sept., 11. Sept.), Item (Schantungbahn, Ostpreuss. Eisenbahn, etc.), Price. Lists various railway and industrial stocks.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 11. Sept. Das Geschäft war auch heute wieder lebhaft, und die Börse zeigte auf allen Gebieten eine feste Haltung, wobei namentlich Industriepapiere einer stärkeren Nachfrage begegneten. Ein Teil der Montanpapiere fand auf Nachfrage Erholung. Die Umsätze blieben jedoch bescheiden. Von Elektrizitätswerten wurden Deutsche Energie, Felten und Guilemaue und A.G. ihren Kurs weiter zu erhöhen. Chemische Aktien waren ebenfalls sehr lebhaft, besonders Bad. Anilin, Theodor Goldschmidt, Farbwerke Wülffelm, Braubach und Schenckens. Die Kurshebung der genannten Papiere bewegte sich zwischen 2 und 8 Prozent. Schiffbauaktien bei regen Umsätzen gleichfalls ansehnlich gehoben. Schantungbahn lebhaft gefragt. Am Markte der Auslandswerte wurde die Stimmung anfangs fest, dann schwächer, Canada Pacific schloß sich den weiteren Anstieg der Valuta fest. Petroleumaktien schwächer. Dagegen hielt die rege Nachfrage für Automobilpapiere unter: Volkswagenwerk, Opel, Mercedes-Benz, etc. Die Kursnotierungen sind wie folgt festgesetzt: Bad. Anilin 198.25, Farbwerke Wülffelm 198.25, etc.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with 3 columns: Date (10. Sept., 11. Sept.), Item (Badische Anilin, Darmstadt, etc.), Price. Lists Frankfurt stock prices.

ch. Mig & Genet H. G. in Berlin-Schöneberg. Es ist in letzter Zeit wiederholt versucht worden, für die Aktien der Gesellschaft an der Börse Stimmung zu machen, und es ist bezeichnend, daß, wenn ein Bericht nicht, nicht oder demontiert wird, in kurzen Zwischenräumen neue Versionen aufzutreten pflegen. So lautete in diesen Tagen an der Börse von neuen Patentverträgen dieser Gesellschaft. In maßgebenden und im allgemeinen gut unterrichteten Kreisen ist auch hierüber nichts bekannt. Bei der Gesellschaft sehr viel zu wünschen übrig lassen, und daß, falls über kurz oder lang der Geschäftsgang und die laufenden Ertragsverhältnisse sich nicht bessern sollten, die Aktionäre keinen Grund zu einem freudigen Ausblick haben dürften.

Sport - Turnen - Wandern - Reisen.

Ausfallsport. Das Entscheidungsspiel um den Aufstieg in die Liga findet am Sonntag nachmittags 4 Uhr auf dem Spielplatz des R.-C. Mühlburga an der Donnellstraße zwischen dem

R.-C. Franconia Karlsruhe und R.-C. Karlsruhe statt. Da beide Vereine ihre Kräfte ins Feld stellen, ist ein spannender Kampf zu erwarten.

XVI. Hauptversammlung des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs.

Der A. D. A. C. hielt am 30. und 31. August in Blauen i. B. seine 16. Hauptversammlung ab, an der sich Teilnehmer aus allen deutschen Gauen eingefunden hatten. Der Präsident Dr. Rudolph (München) eröfnete am 30. den 655 im Kreis gefallenen Mitglieder und verlas dann den Geschäftsbericht für 1918. Die Mitgliederzahl, die vor dem Kriege bis zu 29000 anstieg, sank durch den Lauf der Kriegsjahre naturgemäß erheblich zurückgegangen war, ist wieder in erfreulichem Steigen begriffen: der monatliche Mitgliederzuwachs betrug nicht weniger als 300-400. Aus dem Vorbericht geht hervor, daß sich der Club auf dem Gebiete der Wettbewerbwerke ganz neue Aufgaben stellt und zum Teil auch schon in Angriff genommen hat, nämlich vor allem technische Wettbewerbe der verschiedensten Art, die die Gebuna der Wirtschaftlichkeit des Motorbetriebes zum Ziele haben.

Von den gefassten Beschlüssen sei hervorzuheben, daß auch in diesem Jahre ein Beitrag zum „Deutschen Kraftfahrer-Dienst“ bewilligt wurde und daß dem Vermögen des Clubs eine größere Rüdianne anvertraut werden soll. Die Verbandszeitschrift „Der Kraftfahrer“ soll weiter ausgebaut werden und u. a. auch einen neuen Titel erhalten. Der Beschlüssen des Präsidiums in Bayern wird der Club auch weiterhin seine besondere Aufmerksamkeit widmen. Von Bedeutung ist der Beschluß, daß der Club dafür einstreben wird, daß künftig in den großen Städten die Formalitäten der Anmeldung, Versicherung und Zulassung von Kraftfahrzeugen bei nur einer Dienststelle erfolgen sollen, damit die vielen unnötigen Verluste, die durch das Umherlaufen bei den einzelnen Behörden entstehen, vermieden werden. Eine Anregung des Gaus Thüringen auf Durchführung einer einheitlichen Streckenorganisation für allgemeinen Verkehr; der Club wird im nächsten Jahre eine Streckenorganisation in ardem Stile durchführen.

Die aus dem Vorstande und dem Hauptvorstande sich zusammensetzenden Herren wurden durch Kurstimme wiedergewählt. Der Vorstand wurde mit geringen Veränderungen anernannt, insbesondere wurde trotz der durch die allgemeine Geldverknappung hervorgerufenen Erhöhung aller Ausgaben der Jahresbeitrag auf dem alten Satze von 15 M. belassen.

Baden-Badener Woche.

Vom 14. bis 20. September finden in Baden-Baden namhafte Veranstaltungen statt, die in eine Baden-Badener Woche zusammengefaßt werden. Am Sonntag wird diese Woche mit Schaulaufen, verbunden mit Trabekuren am fließenden Rheine, eröffnet, veranstaltet vom Sportklub Baden-Baden, c. V. Am Montag folgt ein Tagabend vom Tennis-Club Baden-Baden, c. V., ein feierliches Gedenkgottesdienst, an dem Arthur Kraus als Dirigent an der Spitze steht. Am Dienstag findet ein Sonderkonzert statt, das Arthur Kraus leiten wird. Am Mittwoch finden die Veranstaltungen mit einem Tanztournee, das am Freitag, den 19. und Samstag, den 20. September, abgehalten wird. Anmeldungen für das Tanztournee sind an die Intendanten der Städtischen Kurverwaltung zu richten. Berufstätige können an dem Tournee nicht teilnehmen. Außerdem finden in der Woche viele andere vorläufige Veranstaltungen, wie Södenwettkämpfe, Fußballwettkämpfe usw. Das Weiter wird das Programm durch ein Kreisblatt schreiben für Amateurphotographen, Vorträgen des Städtischen Theaters und Konzerte des Städtischen Orchesters berichtet.

Vom Wetter.

Berichte und Beobachtungen des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie.

Bei hohem Luftdruck und südlicher bis südwestlicher Luftströmung dauerte in ganz Deutschland, den angrenzenden Nordsee- und Ostseegebieten, den wärmsten Herbsttag. Die Temperaturen zeigten bis über 4000 Meter große vertikale Unterschiede. Die geringsten Lufttemperaturerwartungen erreichten im Mittel 25 C. Celsius, während die höchsten Temperaturen des Schwarzwaldes es nur auf rund 20 Grad brachten. Die Höhenwerte der Luftdruck sind außerordentlich abnehmend. Von Weiten her bringt jetzt eine Druckwelle östwärts vor und gibt zur Bildung einer Luftwirbel über Westdeutschland Anlass, während das Hochdruckgebiet nach Südosteuropa anrückte.

Vorherige bis Freitag den 12. September, nachfolgend zunehmende Bewölkung bei südlicher Luftströmung und fallendem Luftdruck, später trübere Gewitterbildung, noch warm.

Table with 7 columns: Ort, Zeit, Wind, Regen, etc. Lists weather data for various locations.

Table with 2 columns: Location, Time. Lists events for Rhein-Wasserkunde, 11. September and 10. September.

Large advertisement for 'Karlsruher Tagblatt' featuring 'Wichtige Mitteilung für alle Leser des Karlsruher Tagblatt' and 'Hausbibliothek gratis'.

Advertisement for 'Petroleum' and 'Drögerie Lang'.

Advertisement for 'Med. Rat Dr. L. Müller' and 'verreist bis 15. Oktober'.

Advertisement for 'Herren- und Damenhutfabrik Alfred Seidel'.

Advertisement for 'Daniels Konfektionshaus' and 'Schwarze Seidenmäntel'.

Advertisement for 'Emaile - Geschirre' and 'Trauerbriefe'.